

Bewohner von neun Dörfern im Kreis Gonjo aus ihren Häusern vertrieben

Die chinesischen Behörden zwangen Tibeter in dem ressourcereichen Kreis Gonjo in Osttibet zur Umsiedelung an andere Orte, um für Bergbau und Entwicklungsprojekte Platz zu schaffen.

Von der Aktion, die Ende 2018 abgeschlossen sein soll, sind neun Dörfer im Kreis Gonjo der Präfektur Chamdo, TAR, betroffen, wie ein Bewohner dieser Gegend, der anonym bleiben muß, RFA mitteilte.

„Zu den von der Umsiedelung betroffenen Dörfern gehören Chaka, Pallo, Yasha, Oberes Deb, Unteres Deb, Chulsum und Garnyi“, verlautet aus der Quelle. Sie müssen nach Meldro Gongkar und Toelung im Verwaltungsgebiet Lhasa und in Gegenden in der Präfektur Lhoka weiter westlich umziehen.



„Die Tibeter in diesen Dörfern glauben, daß die Lokalbehörden in Gonjo den Bau eines Elektrizitätswerks in ihrer Gegend planen und auch Bergbau betreiben wollen, was der Grund dafür sein könnte, warum sie vom Land ihrer Vorfahren vertrieben werden“.

„Einige Dorfbewohner in Gonjo verkaufen im Hinblick auf den behördlich angeordneten Wegzug bereits ihr Vieh oder lassen ihre Tiere schlachten“, fuhr er fort.

Der Kreis Gonjo ist bekannt für seine reichen Naturschätze, wozu auch größere Vorkommen des als Medizin verwendeten *yartsa gunbu*, oder Raupenkeulenpilzes (*cordyceps sinensis*), der hohe Gewinne einbringt, gehören.

Wie viele Dorfbewohner genau von der Anordnung betroffen sind, ist nicht ganz klar. Der Kreis Gonjo hat einer Volkszählung von 2010 zufolge eine Bevölkerung von 40.000 Menschen.

„Im Rahmen des von China angeordneten Umsiedelungsprogramms haben die Dorfbewohner die Erlaubnis, 20 Jahre lang während der Sammelzeit des *yartsa gunbu* Pilzes zurückzukommen“, fuhr er fort.

Diese Zwangsumsiedelung ist die letzte in einer Reihe von Vertreibungen der Bewohner von Gonjo in andere Gebiete. So wurden vor etwa zehn Jahren mehrere Dörfer nach Kongpo in der Präfektur Nyingtri verlegt.

Und im Mai 2015 gingen die Behörden gewaltsam gegen Dorfbewohner vor, die gegen den Bau einer Straße protestierten, denn es gab Pläne für den Abbau von Bodenschätzen an einem heiligen Berg in Gonjo. Dabei wurde eine unbekannte Anzahl von Tibetern festgenommen, und viele wurden schwer verletzt.

Wie ein Exiltibeter damals RFA mitteilte, war der Bau einer Straße zu dem Berg Mini in der Nähe des Dorfes Awong um den 2. April wieder aufgenommen worden, nachdem er ein Jahr zuvor nach Protesten von Ortsansässigen gegen das Projekt vorübergehend gestoppt worden war.

Die tibetischen Gebiete sind zu einer wichtigen Quelle für Rohstoffe geworden, die für das Wirtschaftswachstum China erforderlich sind. Der Betrieb von Bergwerken führte schon oft zu Konfrontationen mit Tibetern, die den chinesischen Bergbaufirmen vorwerfen, daß sie bei der Plünderung der Naturschätze ihre Stätten spiritueller Signifikanz zerstören und die Umwelt verschmutzen.